

Stand: 27.06.2026 20:26:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11168

"Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11168 vom 19.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12000 des BI vom 29.04.2026
3. Beschluss des Plenums 19/12070 vom 21.05.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 80 vom 21.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Martin Stock, Peter Tomaschko, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Gesamtkonzept zur systematischen Integration von Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutzthemen einschließlich Selbstschutz und Resilienzförderung für den Unterricht aller Schularten vorzulegen.
2. die curriculare Verankerung von Krisenresilienz im LehrplanPLUS zu prüfen und zu berichten, welche Inhalte zur Krisenbewältigung, Resilienzförderung und zum Bevölkerungsschutz bereits im LehrplanPLUS enthalten sind und bei Bedarf zu prüfen, ob weitere Kompetenzen im Bereich Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz systematisch und angemessen in den LehrplanPLUS integriert werden müssen, ohne hierfür ein eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen.
3. sicherzustellen, dass alters- und schulartgerechte Lerninhalte insbesondere zu folgenden Themenbereichen systematisch vermittelt werden:
 - Verhalten in Notfällen, bei Naturgefahren, technischen Unglücken und anderen großflächigen Schadensereignissen
 - Verhalten bei Versorgungsausfällen wie einem länger andauernden Stromausfall und sonstigen Versorgungsstörungen
 - Grundlagen des Selbstschutzes und der Selbsthilfe
 - Erste-Hilfe, insbesondere durch Verstetigung und gegebenenfalls Ausbau bestehender Module zum richtigen Verhalten bei Notfällen, Erstmaßnahmen und deren regelmäßige Auffrischung
 - Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation in Krisenlagen
 - Grundzüge der staatlichen Sicherheitsarchitektur und Aufgaben des Bevölkerungsschutzes

- grundlegende Orientierung im Bevölkerungsschutz einschließlich Zivilschutz im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Selbstschutz- und Resilienzverständnisses
- 4. ein landesweit einheitliches Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Vermittlung von Kompetenzen in Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz zu entwickeln und dabei wissenschaftliche Expertise einzubeziehen.
- 5. die Zusammenarbeit von Schulen mit anerkannten Akteuren des Bevölkerungsschutzes und ehrenamtlichen Einsatzkräften – insbesondere den Rettungs- und Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr – zu stärken.
- 6. die Durchführung praxisnaher Übungen und schulinterner Notfallkonzepte – im Anschluss an bestehende Vorgaben zu Probealarmen und Sicherheitskonzepten – weiterzuentwickeln und darüber zu informieren.
- 7. eine Beteiligung der Schulen an ressortübergreifenden Aktionstagen, wie z. B. einem Bevölkerungsschutztag zu prüfen.

Begründung:

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass moderne Gesellschaften vielfältigen und teils parallel auftretenden Großschadenslagen, Katastrophen und sonstigen Krisen ausgesetzt sind. Neben Naturgefahren wie Hochwasser, Sturzfluten, Sturm oder Dürre und Hitze sind insbesondere die Coronapandemie als gravierende Gesundheitslage sowie technische Unglücke oder Versorgungsausfälle zu nennen. Mit hybriden Bedrohungsszenarien steigt auch die Gefahr von Cyberattacken, Sabotage, staatlich beeinflusster Desinformation und Spionage. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass auch Szenarien des Zivilschutzes – als Teilbereich eines umfassenden Bevölkerungsschutzverständnisses – sachlich und altersgerecht thematisiert werden müssen.

Der Bevölkerungsschutz ist ein zentrales Schutzversprechen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Resilienz ist dabei nicht nur eine Frage staatlicher Organisation, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie setzt informierte, handlungsfähige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger voraus.

Alle Bildungseinrichtungen, insbesondere die Schulen, nehmen hierbei eine Schlüsselrolle ein. Sie sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern zentrale Räume gesellschaftlicher Orientierung und Stabilität. Gerade in außergewöhnlichen Lagen können sie junge Menschen befähigen, besonnen zu handeln, Informationen einzuordnen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Erfahrungen aus jüngeren Krisenlagen zeigen, dass Krisenkompetenz nicht punktuell vermittelt werden kann, sondern einer systematischen, altersgerechten und wiederkehrenden Befassung bedarf. Einzelne Projektstage oder isolierte Maßnahmen können Impulse setzen, reichen hierfür aber nicht aus.

Bayern verfügt bereits über etablierte Strukturen des schulischen Notfall- und Krisenmanagements sowie über staatliche Unterstützungsangebote im Krisenfall. Der vorliegende Antrag knüpft hieran an und ergänzt diese Strukturen um eine systematische, präventive Kompetenzvermittlung im Rahmen des Unterrichts.

Eine systematische Integration in bestehende Fächer und Lernbereiche erscheint sachgerechter als die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs. Ziel ist es, grundlegende Handlungssicherheit zu vermitteln, ohne schulische Strukturen zu überfrachten.

Die Vermittlung von Kompetenzen in der Krisenvorsorge und im Bevölkerungsschutz zielt insbesondere darauf ab, situationsangemessenes Verhalten in außergewöhnlichen Lagen zu ermöglichen, individuelle Selbstwirksamkeit zu stärken, verantwortungsbewusstes Handeln zu fördern sowie staatliche Schutzstrukturen und gesellschaftliche Verantwortung nachvollziehbar zu machen und Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz zu fördern.

Ziel des Antrags ist die Schaffung eines kohärenten, wissenschaftlich fundierten und praktikablen Rahmens, der die bestehenden Initiativen weiterentwickelt und dauerhaft im Schulwesen verankert. Es gilt, junge Menschen in Bayern sachlich und handlungsorientiert auf außergewöhnliche Lagen vorzubereiten – im Sinne einer resilienten und handlungsfähigen Gesellschaft.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/11168

Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**
Mitberichterstatlerin: **Gabriele Triebel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 26. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Enthaltung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 29. April 2026 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Wolfgang Fackler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Martin Stock, Peter Tomaschko, Carolina Trautner CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/11168, 19/12000

Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Gesamtkonzept zur systematischen Integration von Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutzthemen einschließlich Selbstschutz und Resilienzförderung für den Unterricht aller Schularten vorzulegen.
2. die curriculare Verankerung von Krisenresilienz im LehrplanPLUS zu prüfen und zu berichten, welche Inhalte zur Krisenbewältigung, Resilienzförderung und zum Bevölkerungsschutz bereits im LehrplanPLUS enthalten sind und bei Bedarf zu prüfen, ob weitere Kompetenzen im Bereich Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz systematisch und angemessen in den LehrplanPLUS integriert werden müssen, ohne hierfür ein eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen.
3. sicherzustellen, dass alters- und schulartgerechte Lerninhalte insbesondere zu folgenden Themenbereichen systematisch vermittelt werden:
 - Verhalten in Notfällen, bei Naturgefahren, technischen Unglücken und anderen großflächigen Schadensereignissen
 - Verhalten bei Versorgungsausfällen wie einem länger andauernden Stromausfall und sonstigen Versorgungsstörungen
 - Grundlagen des Selbstschutzes und der Selbsthilfe

- Erste-Hilfe, insbesondere durch Verstetigung und gegebenenfalls Ausbau bestehender Module zum richtigen Verhalten bei Notfällen, Erstmaßnahmen und deren regelmäßige Auffrischung
 - Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation in Krisenlagen
 - Grundzüge der staatlichen Sicherheitsarchitektur und Aufgaben des Bevölkerungsschutzes
 - grundlegende Orientierung im Bevölkerungsschutz einschließlich Zivilschutz im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Selbstschutz- und Resilienzverständnisses
4. ein landesweit einheitliches Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Vermittlung von Kompetenzen in Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz zu entwickeln und dabei wissenschaftliche Expertise einzubeziehen.
 5. die Zusammenarbeit von Schulen mit anerkannten Akteuren des Bevölkerungsschutzes und ehrenamtlichen Einsatzkräften – insbesondere den Rettungs- und Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr – zu stärken.
 6. die Durchführung praxisnaher Übungen und schulinterner Notfallkonzepte – im Anschluss an bestehende Vorgaben zu Probealarmen und Sicherheitskonzepten – weiterzuentwickeln und darüber zu informieren.
 7. eine Beteiligung der Schulen an ressortübergreifenden Aktionstagen, wie z. B. einem Bevölkerungsschutztag zu prüfen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Nein. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche – soweit noch nicht geschehen – rechtzeitig aus Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel – und schließt Abschiebungen vorerst aus
 Drs. 19/9904, 19/11935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. SPD
 Eigenen Handwerksfonds auflegen: Kapitalzugang für Betriebe sichern
 Drs. 19/10386, 19/11986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
„Bayerische Meisterstücke“ – KMU-gerechte Unterstützung geografischer Angaben handwerklicher und industrieller Erzeugnisse in Bayern
Drs. 19/10408, 19/11989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation von HebaVaria-Projekt: Hebammen-Vermittlung für eine bessere Versorgung von Mutter und Kind
Drs. 19/10790, 19/11980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tarifabschluss unverzüglich auf Beamtinnen und Beamte übertragen – keine verzögerte Auszahlung in Bayern
Drs. 19/10793, 19/11984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutzimpfungen retten (Kinder)Leben:
Präventive Strukturen nicht ersatzlos aufgeben!
Drs. 19/10797, 19/11981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
Trennung von Amt und Partei in der Staatskanzlei
Drs. 19/10798, 19/11936 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Verlängerung Meisterbonusprogramm
Drs. 19/11023, 19/11991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für Handyortungen
und Observationen ausreisepflichtiger Ausländer im AufenthG
Drs. 19/11024, 19/11937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU Hinzuverdienstgrenze für die Hinterbliebenenrente abschaffen
Drs. 19/11042, 19/11845 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen – nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten
Drs. 19/11076, 19/11996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

12. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
40 Jahre nach Tschernobyl: Bericht im EU-Ausschuss: Bedeutungsverlust der Atomkraft weltweit – Daten und Fakten
Drs. 19/11099, 19/11860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindern und Familien mit fetalen Alkoholspektrumstörung (FASD)
bessere Chancen im Leben geben!
Drs. 19/11154, 19/11982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung
und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern
Drs. 19/11156, 19/11939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen:
Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!
Drs. 19/11159, 19/11983 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein „klick und krank“: Digitale Krankschreibungen stärker regulieren –
hausärztliche Versorgung stärken
Drs. 19/11166, 19/11985 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern
Drs. 19/11168, 19/12000 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!
Drs. 19/11188, 19/11978 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Ehrlicher Verbraucherschutz statt neuer Belastungen aus Brüssel:
„Fit for 55“ aussetzen, Bezahlbarkeit sichern, Krisenvorsorge stärken!
Drs. 19/11189, 19/11861 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten –
Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen
Drs. 19/11190, 19/11862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkung der Medienethik im LehrplanPLUS der Mittelschule
Drs. 19/11191, 19/12001 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Hebammenhilfe nach Fehlgeburten stärker in das
Hilfesystem integrieren!
Drs. 19/11208, 19/11987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundesprogramm „Respekt Coaches“ dauerhaft fortführen
Drs. 19/11209, 19/12002 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutz von Kleintieren vor Verletzungen durch Mähroboter – Aufklärung intensivieren und Partner aktiv einbinden
Drs. 19/11302, 19/11842 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Bayern
Drs. 19/11316, 19/11843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berge schützen, Natur bewahren:
Sofortvollzug beim Scheidtobelbahn-Projekt jetzt stoppen!
Drs. 19/11319, 19/11844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versorgung psychisch erkrankter Menschen sicherstellen
Drs. 19/11336, 19/11988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Wirksame Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Drs. 19/11366, 19/11846 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gebärdensprachverbot in bayerischen Schulen durch ein Fachgespräch aufarbeiten
Drs. 19/11388, 19/11847 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren IV:
Künstliche Intelligenz für eine bürgerfreundliche Verwaltung
Drs. 19/11391, 19/11992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Psychotherapeutische Versorgung sichern – bedarfsgerechte Finanzierung gewährleisten
Drs. 19/11393, 19/11990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Griebshammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Anhörung zur BayKiBiG-Reform: Qualität sichern, Finanzierung verlässlich gestalten, Familien entlasten
Drs. 19/11813, 19/11976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>